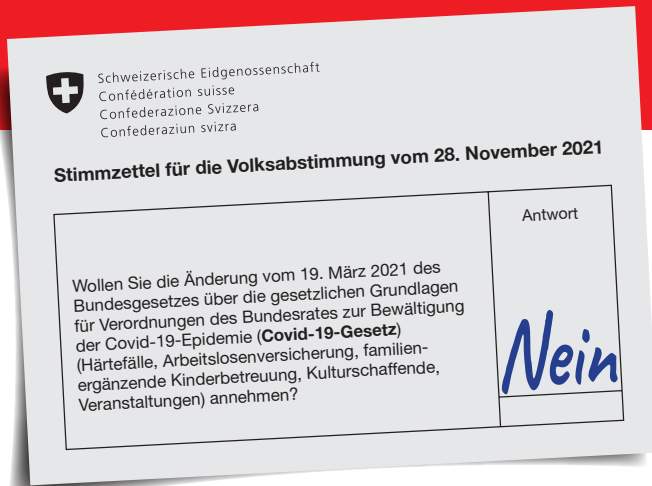


So stimmen Sie richtig,
um unsere Freiheit zu schützen!



- Nein zu Diskriminierung und Spaltung
- Nein zum Impfzwang
- Nein zu Machtanmassung und Willkür
- Nein zum fahrlässigen Grenzregime
- Nein zur Massen-Überwachung
- Nein zur verantwortungslosen Schuldenmacherei

Extremes
Covid-19-Gesetz
NEIN



Mehr infos auf www.svp.ch



Unterstützen Sie unsere Kampagne mit einer Spende auf
IBAN CH80 0900 0000 3000 8828 5,
SVP Schweiz, Postfach, 3001 Bern, Vermerk «Spalten NEIN!»

Gesellschaft spalten?

Nicht mit uns!



Extremes
Covid-19-Gesetz **NEIN**

Der Bundesrat hat uns am 25. März dieses Jahres versprochen:

«Wenn bis im Juli 2021 alle Impfwilligen geimpft sind, braucht es keine Massnahmen mehr.»

Doch das Gegenteil ist passiert! Und mit dem neuen Covid-19-Gesetz will der Bundesrat nochmals weitere Verschärfungen einführen! Deshalb müssen jetzt wir Bürgerinnen und Bürger dafür sorgen, dass unsere Freiheit nicht noch weiter eingeschränkt wird:

1. Nein zu Diskriminierung und Spaltung

Der Bundesrat spaltet die Bevölkerung in «gute» Geimpfte und «böse» Ungeimpfte. Mit der Zertifikatspflicht diskriminiert der Bundesrat unzählige Menschen. Wer sich nicht impfen lassen will oder kann, wird vom sozialen Leben ausgeschlossen. **Wer sich nicht impfen lässt, wird geächtet.** Daran zerbrechen Familien und Freundschaften.

Wir Geimpften und Ungeimpften lassen uns nicht gegeneinander aufhetzen und sagen deshalb klar NEIN zum Covid-Gesetz!

2. Nein zum Impfwang

Die Ausdehnung der Zertifikatspflicht auf die Gastronomie und den Freizeitbereich ist nichts anderes als Impf-Terror. **Familien, Búezer, Junge und Angehörige von Menschen in Spitalpflege oder im Altersheim, die sich das ständige Testen nicht leisten können, werden so zum Impfen gezwungen.** Damit verstösst der Bundesrat gegen die Verfassung: **Jeder Mensch hat das Recht** auf persönliche Freiheit und insbesondere auf **körperliche und geistige Integrität.**

Wir lehnen diesen staatlichen Zugriff auf unseren Körper entschieden ab und sagen deshalb klar NEIN zum Covid-Gesetz!

3. Nein zu Machtanmassung und Willkür

Mit dem verschärften **Covid-19-Gesetz** erhält der teilweise autoritär regierende **Bundesrat noch mehr Macht.** Diese Machtanmassung zeigt sich in willkürlichen und absurden Massnahmen. So ist ein **Bordellbesuch ohne Zertifikat** erlaubt, für den **Familienausflug in den Zoo** hingegen **braucht es ein Zertifikat.**

Wir wehren uns gegen die willkürlichen Zwangsmassnahmen und sagen deshalb klar NEIN zum Covid-Gesetz!

4. Nein zum fahrlässigen Grenzregime

Aus falscher Rücksicht auf die EU finden **keine systematischen Kontrollen an unseren Landesgrenzen** statt. Die Folgen: Reise-rückkehrer und andere Einreisende schleppen das Virus vermehrt ein.

Wir müssen wirksam die Schweizer Landesgrenzen schützen und sagen deshalb klar NEIN zum Covid-Gesetz!

5. Nein zur Massen-Überwachung

Die Ausdehnung des Covid-Zertifikats ermöglicht die elektronische Massen-Überwachung. Bald kann jeder Schritt von uns Bürgerinnen und Bürgern überwacht werden.

Wir wollen keine Totalüberwachung freier Bürgerinnen und Bürger und sagen deshalb klar NEIN zum Covid-Gesetz!

6. Nein zur verantwortungslosen Schuldenmacherei

Seit Beginn der Pandemie hat die öffentliche Hand **in Rekordgeschwindigkeit nie dagewesene Milliardenbeträge** ausgegeben. Im Jahr 2020 gab allein der Bund fast **15 Milliarden Franken** aus und ging Bürgerschaftsverpflichtungen im Umfang von über 17 Milliarden Franken ein. Für **2021 und 2022** sind bereits über **27 weitere Milliarden Franken bewilligt**, wobei weitere Zusatzkredite bereits absehbar sind. Denn **Links-Grün** nutzt das Covid-Gesetz, um immer noch mehr Steuergelder zu fordern. Sie **zerstören die Wirtschaft**, um sich dann als deren Retter aufzuspielen.

Wir bekämpfen die verantwortungslose Schuldenmacherei auf dem Buckel der Wirtschaft, des Mittelstandes und der künftigen Generationen und sagen deshalb klar NEIN zum Covid-Gesetz!

Achtung: Fake-News

An seiner Medienkonferenz vom 27. September 2021 setzte der Bundesrat Fake News in die Welt:

Der Bundesrat behauptet, ohne Zertifikat würden Hotellerie und Gastronomie noch mehr leiden. **Das ist falsch.**

Richtig ist: Die **Holzhammerpolitik des Bundesrats** zerstört wirtschaftliche Existenzen und **vernichtet Arbeitsplätze.** Die **Gaststätten verzeichnen bereits jetzt gravierende Umsatzeinbussen.** Zudem verfügen die verschiedenen Branchen über **funktionierende Schutzkonzepte**, die bei Bedarf angewandt werden können.

Der Bundesrat behauptet, bei einem Nein zum Covid-19-Gesetz würden unverzichtbare Finanzhilfen dahinfliegen. **Das ist falsch.**

Richtig ist: **Wenn die willkürlichen Massnahmen wie die staatliche Zertifikatspflicht aufgehoben sind, dann braucht es auch keine Finanzhilfen mehr.** Zudem hat das Abstimmungsergebnis keinen Einfluss auf die Finanzhilfen: Praktisch alle von ihnen laufen per Ende 2021 oder per Ende März 2022 aus.

Extremes Covid-19-Gesetz **NEIN**